

Der WirtschaftsReport

www.zielgruppen-medien.de

Juli 2016

7. Jahrgang



Der „Big Ben“ im Elizabeth-Tower (rechts im Bild) wird weiterhin läuten, die Sonne ging auch nach dem Brexit im Vereinigten Königreich auf. Die Politiker der EU und Großbritanniens werden sich arrangieren müssen. Die deutsche Industrie braucht den wichtigen britischen Markt. Schnell haben ausländische Weltplayer wie ABB und Novartis, aber auch deutsche Unternehmen, bereits wichtige Signale gegeben – man werde weiterhin in Großbritannien investieren. Das Land verlässt die EU, aber nicht Europa. Die künftige Zusammenarbeit im Handel muss vernünftig geregelt werden, es gibt keine Alternative. Das Vereinigte Königreich ist für Europa von größter Bedeutung.

© Pixabay

EU MUSS GRUNDLEGENDE REFORMIERT WERDEN:

Brexit und was nun?

> Günter Spahn

Nach teilweise hysterischen Äußerungen deutscher Politiker und zahlreicher unsinniger Kommentare in deutschen Medien (als ob das Vereinigte Königreich unterginge) zum Votum der Briten für einen Austritt aus der EU, kehrt langsam wieder Normalität ein. Nach dem Rücktritt des seitherigen Premiers David Cameron hat nun doch erstaunlich schnell „Number 10 – Downing Street“ mit Theresa May eine neue Hausherrin als „Prime Minister of the United Kingdom“. May hält ausdrücklich am Brexit

fest. Das heißt, dass jetzt vernünftige Bedingungen für die künftige Zusammenarbeit mit der „restlichen EU“ ausgehandelt werden müssen (weiterer Beitrag in diesem Report).

Großbritannien verlässt zwar die EU, das Land ist aber weiterhin für Europa von größter Bedeutung. Als NATO-Mitglied gehört das Land, auch als westliche Atommacht, zu den Garanten der europäischen Sicherheit und somit auch Deutschlands. Auf vielen Ebenen, etwa auf dem Gebiet der westlichen Geheimdienste, ist die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich von größter Wichtigkeit. Der Einfluss Grossbritanni-

ens bei den Vereinten Nationen (Welt-Sicherheitsrat) oder in wichtigen Regionen des britisch geprägten Commonwealth mit z.B. Australien, Indien, Kanada oder Neuseeland ist für Europa unverzichtbar. König Elizabeth II ist nicht nur im Vereinigten Königreich, sondern gleichzeitig in so wichtigen Ländern wie Australien, Kanada und Neuseeland Staatsoberhaupt. Dies nur zum Hintergrund der Bedeutung des Vereinigten Königreichs, das zwar durch die Brexit-Entscheidung temporär im Volk unterschiedliche Meinungen kennt, aber keineswegs gespalten wird.

Fortsetzung auf Seite 2:

BREXIT

Fortsetzung von Seite 1:

Dies gilt auch für Landesteile wie Schottland, das ohne die Finanztransfers aus London und den Warenaustausch mit den anderen Landesteilen nicht überlebensfähig ist. Das „schottische Öl“ eines Alex Salmond – dies war einmal. Die Preise liegen leider am Boden, die ölabhängigen Arbeitsplätze in Aberdeen rauschen zusammen.

Ein Auseinanderfallen des Landes ist also Wortgeklügel – ganz abgesehen davon, dass der letzte Volksentscheid in Schottland in der praktizierten Form einmalig war. Derartige Fragen sind eine Angelegenheit des gesamten Volkes im Vereinigten Königreich, denn die Bande zwischen den Landesteilen und vor allem durch die Menschen sind untrennbar.

Viel wichtiger wäre es, die eigentliche

Ursachen für die zunehmende Ablehnung der EU – nicht nur in Großbritannien – zu ergründen. Schon seit Jahren haben viele Stimmen davor gewarnt, die Struktur der EU durch zu viele zu schnelle Erweiterungen zu überfordern. Die Vorgängerin der EU, die EWG, trat einmal im Kerneuropa mit sechs Staaten an. Dies ging sogar noch einigermaßen gut, als Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986) und die wohlhabenden Länder Österreich, Schweden, Finnland (1995) Mitglieder wurden. Aber dann ging der Wahn ab 2004 mit der Aufnahme von zehn Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern) auf einen Schlag los. Bis 2013 kamen weitere drei neue Mitglieder (Bulgarien, Rumänien und Kroatien) hinzu. 13 neue – zum Teil

strukturell bedingt sehr arme Länder – innerhalb von nicht einmal zehn Jahren – dies kann keine Organisation wie die EU verkraften. Man tat den neuen Mitgliedern streng genommen keinen Gefallen.

Die EU hatte nicht den notwendigen Unterbau für die zu schnelle Erweiterung. Die Mitglieder sind zu unterschiedlich und unausgewogen sowohl in der Kultur als auch in der Mentalität; sie wurden zum Teil mit einer Struktur, bis hin zur gemeinsamen Währung Euro, zu schnell überfordert und waren insofern nicht mehr dem Wettbewerb gewachsen. Viele Finanzprobleme in einzelnen Mitgliedsstaaten fielen nicht vom Himmel. Die EU entwickelte sich daher leider zu einer Transfer-Union. Damit wurde aber der Schlendrian in vielen Ländern nicht abgebaut.

Überregulierungen

Große Sünden der EU sind in der unglaublichen Überregulierung mit einem immer deutlicher werdenden Anspruch Brüssels, einen „Supranationalstaat“ zu schaffen, sichtbar. Als solcher kann er aufgrund der zu unterschiedlichen Strukturen nie funktionieren. Die EWG begann als eine Wirtschaftsgemeinschaft – heute ist die EU ein Bürokratiemonster. Wer heute die Briten geißeln will, sollte sich daran erinnern, dass gerade Großbritannien immer wieder rechtzeitig auf die Fehlentwicklungen Brüssels hingewiesen hat. So hat David Cameron bereits in seiner berühmten Europa-Rede vom 23. Januar 2013 eine objektive Analyse gefordert: „Wir sollten uns nicht zu dem Irr-

glauben verleiten lassen, dass ein tiefer und funktionsfähiger Binnenmarkt es erfordert, dass alles harmonisiert wird – nur um ein unerreichbares Ideal gleicher Ausgangsbedingungen zu verwirklichen. Jedes Land ist anders. Jedes Land trifft andere Entscheidungen; wir können nicht alles harmonisieren“, sagte der Alt-Premier. Wer dies etwa in Deutschland in Abrede stellt, dem sei nur in Erinnerung gebracht, dass noch nicht einmal die Energiewirtschaft harmonisiert werden konnte. Was nützte ein Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie, wenn andere EU-Mitglieder um Deutschland (Frankreich, Belgien oder Tschechien) weiterhin auf Atomkraftwerke setzen; was nützt ein Ausstieg aus der Kohle, wenn Polen an

ihir ausdrücklich festhält.

Was nützt eine angestrebte Harmonisierung in der Flüchtlingspolitik, wenn eine Verteilung der Asylsuchenden auf die bisher 28 Mitgliedsstaaten der EU schlichtweg nicht realisierbar ist und auch künftig nicht sein wird. Es waren nicht nur die Briten – auch Frankreich hat aus begreiflichen Gründen eine weitere Aufnahme in großen Zahlen abgelehnt. Man sieht die innenpolitischen Probleme unseres Nachbarlandes. Die EU hat nicht funktioniert und sie funktioniert auch in der bisherigen Struktur weiterhin nicht – dies ist Fakt. Die EU muss vom Traum einer alles regeln wollenden Institution Abstand nehmen. Die Menschen wollen ihre eigene Identität und Kultur in den verschiedenen Ländern behalten.

GROSSAUFTRAG FÜR SIEMENS IN GROSSBRITANNIEN:

Thameslink-Projekt

> Hanns Alpow

Vor genau drei Jahren erhielt Siemens den größten Auftrag in Großbritannien – Thameslink! Das neue Großprojekt gehört zu den größten Herausforderungen der Bahninfrastruktur und durchquert London in Nord-Süd-Richtung. In der ersten Phase werden Bedford im Nordosten der britischen Hauptstadt mit Brighton an der Südküste verbunden. Der Auftrag umfasst die Neuentwicklung eines spezifischen Regionalzuges und schließt die Lieferung von 1.140 Zugwagen mit ein. Zusätzlich übernimmt Siemens die Instandhaltung der Züge und baut dafür zwei neue Depots. Im Juni 2016 hat nun der erste Zug den Fahrgastbetrieb aufgenommen. Bis Ende 2018 werden insgesamt 115 Züge ausgeliefert.

Rund sechs Milliarden Pfund werden zusätzlich zum rollenden Material in den Bau



Das Infrastrukturprojekt Thameslink ist mit einem Auftragswert von 1,8 Milliarden Euro allein für Siemens ein gutes Beispiel der Wichtigkeit des britischen Marktes. © Siemens

neuer Stationen und in die Erweiterung der Gleisanlagen sowie in modernste Signaltechnik investiert. Ende 2018 sollen alle zwei bis drei Minuten Züge auf der neuen Strecke

London durchfahren. Nach der Strecke Bedford – Brighton folgen in einer zweiten Phase Strecken von Cambridge und Peterborough sowie Ziele in Kent und Sussex.

DEUTSCHLAND UND GROSSBRITANNIEN NACH DEM BREXIT:

Zusammenarbeit liegt im beiderseitigen Interesse

> Sven Skoglund

Unmittelbar nach dem Brexit-Entscheid der Briten war die Aufregung insbesondere in Brüssel groß – der Scheidungsbrief müsse jetzt schnell eingereicht werden. Fast wollte man schon Ultimaten stellen. Immerhin: EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wollte gönnerhaft dann doch den Briten „ein paar Wochen“ Zeit lassen. Inzwischen wissen wir, dass daraus ohnehin nichts wird. Die neue britische Premierministerin Theresa May lässt sich nicht unter Druck setzen. Ohnehin fragt man sich,

was der zeitliche Druck eigentlich soll. Eine vernünftige Regelung der Bedingungen für den künftigen Handel zwischen der jetzt verkleinerten EU und dem Vereinigten Königreich liegt schließlich im beiderseitigen Interesse. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien. Schließlich verlassen die Briten ja nicht Europa, sondern die EU. Wie die Beratungsgesellschaft „Global Counsel“ in einer Brexit-Studie zurecht feststellte, ist man auch künftig aufeinander angewiesen. Die EU würde ohne das Vereinigte Königreich im weltpolitischen Einfluss verlieren, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheits-

politisch (siehe Beitrag „Die sicherheitspolitische Rolle des Vereinigten Königreichs“ in diesem Report).

Deutschland und Großbritannien sind wechselseitig bedeutende Handels- und Investitionspartner. Deshalb wären etwa Strafzölle der EU gegenüber UK – die natürlich auch für Deutschland bindenden Charakter hätten – denkbar kontraproduktiv, weil natürlich dann im Gegenzug die Briten den Marktzugang in ihr Land ebenfalls erschweren würden. Dies wäre eine Katastrophe und allein schon der Gedanke ist töricht.

Fortsetzung auf Seite 4



Rolls-Royce ist mit seinem Werk Dahlewitz (Luftaufnahme des Standortes) einer der größten und erfolgreichsten Investoren in Brandenburg. Der britische Technologiekonzern (Marktführer Triebwerke, Energiesysteme und Motoren für Schiffe und Lokomotiven) beschäftigt allein in Deutschland in Dahlewitz, Oberursel bei Frankfurt am Main, Arnstadt, Hamburg und bei seiner 100-Prozent-Tochter Rolls-Royce Power Systems in Friedrichshafen 11.000 Mitarbeiter(innen).

© Rolls-Royce

Fortsetzung von Seite 3:

Der neue ifo-Chef Clemens Fürst hat daher in einem Interview mit der „WirtschaftsWoche“ betont, die Gespräche mit den Briten kooperativ zu führen. Die teilweise in der EU aus Trotz vorhandene Strategie einer „Bestrafung“ der Briten (um potentielle weitere Austrittskandidaten abzuschrecken), hält Fürst „für eine große Dummheit“. Es gibt auch bei den „Scheidungsverhandlungen“ keine Rosinenpickerei (Merkel), denn auch Großbritannien hat schließlich nicht wenige Rosinen, z.B. den Zugang zum dortigen Markt.

Großbritannien ist für die deutsche Wirtschaft noch vor den USA der wichtigste Handelspartner. 2015 exportierte Deutschland Waren im Wert von 89 Milliarden Euro. Davon lieferte allein die deutsche Autoindustrie (einschließlich der Zulieferer) nach Großbritannien Fahrzeuge und Ausrüstungen im Wert von mehr wie 29 Milliarden Euro – gefolgt von den Maschinenbauern mit 8,8 Milliarden Euro. Deutschland nahm andererseits 2015 aus Großbritannien Waren im Wert von 38 Milliarden Euro ab (Quelle Auswärtiges Amt).

Allein die Gegenüberstellung der Exporte und Importe unterstreicht, dass Großbritannien als „Kunde“ sich in einer wesentlich besseren Position befindet.

IN EINEM BOOT

Eine auch künftig engste Zusammenarbeit liegt daher im direkten Interesse der beteiligten Unternehmen in Deutschland und Großbritannien. Man sitzt in einem Boot! Der größte industrielle deutsche Arbeitgeber in Großbritannien ist BMW mit 24.000 Beschäftigten in seinen vier britischen Werken: 200.000 Mini und 4.000 Luxuskarossen Rolls Royce produziert die BMW Group. Umgekehrt verkauft der weiß-blaue Mobilitätskonzern 10% seines weltweiten Absatzes in das Vereinigte Königreich, nämlich 236.000 BMW. Damit ist UK der drittgrößte Auslandsmarkt nach China und den USA. Das Beispiel BMW demonstriert exemplarisch, dass es auch künftig im deutschen

Interesse Handelsvereinbarungen nach dem Muster der EU-Vereinbarungen mit der Schweiz und Norwegen geben muss. Die Betonung liegt auf muss!

Weitere wichtige deutsche Industrieunternehmen in UK sind Siemens mit 14.000 Beschäftigten in 13 Fabriken. Derzeit entsteht in Hull eine moderne Siemens-Fabrik für Anlagen der Windenergie. Einen der größten Aufträge der Unternehmensgeschichte erhielt Siemens für das Thameslink-Projekt (siehe getrennten Beitrag). Die deutschen Energiekonzerne RWE und Eon beschäftigen je 10.000 Mitarbeiter(innen). Eon betreibt mehrere Onshore- und Offshore Windparks. Schließlich gehört die Stuttgarter Bosch-Gruppe mit 5.300 Beschäftigten in Großbritannien, die einen Umsatz von 3,7 Milliarden Euro erwirtschaften, zu den großen deutschen Investoren.

Umgekehrt haben sich zahlreiche britische Unternehmen in Deutschland engagiert. Dazu gehören die internationalen Großkonzerne BP, Shell, Rolls-Royce sowie die Hightech-Gruppe GKN (Komponenten, Systeme und Lösungen u.a. für die Auto- und Raumfahrtindustrie).

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4:

Rolls-Royce beschäftigt z.B. in Deutschland 11.000 Menschen an den Standorten Dahlewitz (Brandenburg), Frankfurt am Main im Bereich Triebwerke und bei der 100 Prozent Tochter Rolls-Royce Power Systems AG in Friedrichshafen (Großmotoren, dezentrale Energiesysteme, Schiffsantriebe).

Einer der wichtigsten Investoren ist der Weltplayer Unilever. Der britisch-niederländische Riese ist eine „Dual-listed-Company“ mit 172.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 53,3 Milliarden Euro. Geführt wird der Konzern aus den zwei Zentralen in Großbritannien (Wirral und London) sowie Rotterdam. Praktisch alle Deutsche haben bewusst oder unbewusst täglich Berührung mit Produkten von Unilever (Körperpflege, Reinigungsmittel sowie zahlreiche bekannte Marken im Lebensmittelbereich wie Knorr, Pfanni oder verschiedene Margarine-Sorten; Unilever ist der größte Eiscremhersteller (Langnese). Die deutsche Tochtergesellschaft von Unilever – selbst schon ein großes Unternehmen – hat ihren Sitz in der Hafencity in Hamburg.

Zahlreiche mittelständische Firmen wie die Langley Holdings Plc sind mit traditionsreichen Firmen in Deutschland aktiv. Langley hat den bekannten Maschinenbauer MAN-Roland (Bogenoffsetmaschinen) in Offenbach übernommen. Die Beispiele zeigen, dass die Unternehmenslandschaft deutscher und britischer Un-



Der britisch-niederländische Riese Unilever ist ein Beispiel für die enge und historische Verzahnung mit Deutschland. 1899 gründete der britische Zweig in Mannheim-Rheinau die Sunlicht-Seifenfabrik (Bild Unilever Haus in Hamburg). © Wikipedia

ternehmen eng verwoben ist. Daran wird sich auch durch den Brexit nichts ändern. Selbst im europäischen Maßstab sind die großen Gesellschaften längst länderübergreifend aktiv.

Ein gutes Beispiel ist der Luft- und Raumfahrtkonzern Airbus. In den britischen Standorten Filton und Broughton sind 15.000 Mitarbeiter(innen) beschäftigt. Dies sind mehr als ein Viertel der weltweit 55.000 Beschäftigten. Großbritannien ist für das zivile Luftfahrtgeschäft das Airbus-Zentrum für den Bau der Flügel der Flugzeuge.

Eine nicht unerhebliche Rolle spielt im Engagement britischer Institutionen in Deutschland der Bereich Dienstleistungen. Die traditionsreiche Bank Trinkaus & Burckhardt gehört mehrheitlich zur britischen Großbank HSBC-Holding plc. Eine weitere britische Großbank, Barclays, ist in Deutschland sehr erfolgreich im Privatkartengeschäft tätig. Die britische Vodafone Group plc steuert ihre Deutschland-Aktivitäten über die Vodafone-Gruppe Deutschland in Düsseldorf. Die deutsche Vodafone-Gesellschaft allein repräsentiert einen Umsatz über 11 Milliarden Euro und beschäftigte 14.000 Mitarbeiter(innen). Die Vodafone Group erreichte im Geschäftsjahr 2015 einen Konzernumsatz in Höhe von 40,973 GBP bzw. 48,916 Milliarden Euro (Basis Kursritisches Pfund/Euro vom 28.7.2016). Düsseldorf Er wartungen, demnach Vodafone infolge des Brexit seine Weltzentrale nach Deutschland verlegen könnte, wurden inzwischen in London dementiert. Man beobachte die Entwicklung – eine Verlagerung des Konzernsitzes sei jedoch kein aktuelles Thema. Die deutsche Vodafone Gruppe sei sehr erfolgreich.

Dennoch betrage der Umsatz von Vodafone Deutschland lediglich 22% vom weltweiten Gesamtumsatz.

Gewisse Abwerbe-Ambitionen aus Deutschland kamen bei der neuen britischen Regierung nicht gut an. Man werde mit fiskalischen Instrumenten – so heißt es in London – diese Versuche abwehren.

Der WirtschaftsReport
www.zielgruppen-medien.de

Verlag:
 Zielgruppen-Medien Verlag
 Günter und Christian Spahn
 Postfach 11 42; 85421 Erding b. München
 Tel. 08122/48632, Fax 08122/95 70 77
 E-Mail: info@zielgruppen-medien.de

Herausgeber & Chefredakteur:
 Günter Spahn
 guenter.spahn@zielgruppen-medien.de

Koordination & Layout:
 Christian Spahn
 christian.spahn@zielgruppen-medien.de

Technische Herstellung/Druck:
 Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH (WVD)
 Kurhessenstraße 4, 64546 Mörfelden-Walldorf

Copyright:
 Alle Seiten Eigentum des Zielgruppen-Medien Verlages und daher urheberrechtlich geschützt.

Einfluss und Gewicht –
 Vereinigtes Königreich

Special Relationship USA/UK

Vetomacht UNO
 (Mitglied der 5 ständigen Vetomächte im
 Weltsicherheitsrat)

Commonwealth of Nations
 53 Mitglieder – darunter Australien, Indi-
 en, Kanada und Neuseeland

Sicherheit & militärische Ressourcen

Eine der drei westlichen Atommächte
 (USA, UK, Frankreich)

Mitglied UKUSA (Five Eyes), Eliteclub der
 angelsächsischen Geheimdienste

UK: Höchster Militär-Etat der NATO nach
 den USA mit 55,5 Mrd. US-Dollar in 2015

Wirtschaft

Zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa:
 2.569 Mrd. Euro = 17,6 % der EU

Fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt nach
 USA, China, Japan und Deutschland

DIE POLITISCHE DIMENSION NACH DEM BREXIT:

Europa braucht London



Für die Briten hat traditionell die globale Sicherheit und das NATO-Bündnis einen höheren Stellenwert als die EU, die man im Vereinigten Königreich in erster Linie als ein wirtschaftliches Konstrukt sieht. Die EU kann aus der Sicht Großbritanniens nur unter dem Schirm einer jederzeit vorhandenen Sicherheit funktionieren. Damit befindet sich das Land im engen Konsens mit den Vereinigten Staaten. Als ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat mit Vetorechten und als militärischer Partner der EU sieht sich das Vereinigte Königreich in einer guten Position für die Brexit-Verhandlungen mit Brüssel.

© NATO

> Günter Spahn

Bei den zahlreichen Diskussions- und Talkrunden zum Thema Brexit wurde die globalpolitische Dimension Sicherheit weitgehend ausgeblendet. Es geht aber nicht nur nach der Entscheidung der Briten um „Extrawürste“ oder um das inzwischen berüchtigte Rosinenpiken. Es geht noch nicht einmal nur um die gewiss wichtigen Fragen der künftigen Regelung des Handels oder der Aufenthalts- und Arbeitsrechte im Vereinigten Königreich, wenn das Land endgültig die EU verlässt. Viel wichtiger sind die Fragen der europäischen Sicherheit bzw. der Sicherung des Friedens in Europa. Interessanterweise hat dies der amerikanische Präsident nach der Abstimmung der Briten sofort angesprochen, während Juncker, Martin Schulz und leider auch die Bundeskanzlerin dezent oder weniger dezent „Strafen“ ankündigten.

Mit Hinweis auf die „Special Relationship“ zwischen den USA und Großbritannien sagte Barack Obama: „Die Menschen des Vereinigten Königreichs haben gesprochen; wir

respektieren ihre Entscheidung. Die Sonderbeziehung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich ist beständig. Die britische Mitgliedschaft in der NATO bleibt ein entscheidender Eckpfeiler der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.“

Genau darum geht es. Gewiss muss die EU jetzt reformiert werden – aber auch vor dem Hintergrund des weltweiten Terrors, der sich jetzt immer stärker in Europa ausbreitet, ist die Rolle Großbritanniens von ausschlaggebender Bedeutung für die Sicherheit in Europa. Großbritannien ist inzwischen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 2.569 Milliarden Euro nach Deutschland (3.026 Milliarden Euro) mit deutlichem Abstand zu Frankreich (2.161 Milliarden Euro) die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Natürlich verliert die EU durch den Brexit enorm an wirtschaftlicher Bedeutung – aber wichtiger ist die weltpolitische Stimme Großbritanniens als eine der drei westlichen Atomkräfte. Europa braucht global den wichtigen NATO-Partner Vereinigtes Königreich – das Land gehört zur „Five-Eyes-Allianz“ (der Vereinigung der wichtigsten Geheimdienste der angelsächsischen Welt) mit den USA, UK,

Kanada, Australien und Neuseeland. Erstaunlicherweise haben in diesen elitären Club weder Frankreich noch Deutschland Zutritt – es wäre daher auch wegen dem Terror an der Zeit, Frankreich und Deutschland aufzunehmen.

Die Amerikaner sind mit den militärischen Beiträgen ihrer westlichen Partner in Europa unzufrieden. Die Ausnahme ist das Vereinigte Königreich, das wesentlich mehr Geld in seine militärischen Ressourcen steckt und jetzt ganz aktuell beschlossen hat, sein atomares Abschreckungspotential mit Interkontinentalraketen Trident II – D 5 und auf der seegestützten Basis einer neuen Generation ihrer strategischen Atom-U-Boote erheblich auszubauen. Die Amerikaner und Briten messen dem Schutz mit strategischen Atomwaffen eine größere Bedeutung bei. Für sie kann der ungestörte Handel nur auf der Grundlage der militärischen Absicherung bestehen. Bereits im Januar 2006 hat der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac mit dem Einsatz atomarer Schläge gegen Terrorstaaten gedroht. Die USA, Großbritannien und Frankreich sind die drei westlichen Atomkräfte mit einem ständigen Sitz mit Vetorechte im Weltsicherheitsrat in New York.

DIE SICHERHEITSPOLITISCHE ROLLE GROSSBRITANNIENS:

Briten setzen auf nukleare Abschreckung

> Günter Spahn

Großbritannien gehört seit 1952 zu dem damals zunächst noch kleinen klassischen Club der Atommächte. Dies waren nur drei Staaten, nämlich die USA und das Vereinigte Königreich auf der westlichen Seite und die Sowjetunion als Gegenspieler. Erst später kamen dann Frankreich und China hinzu, von vermutlichen weiteren Ländern wie Indien, Pakistan u.a. abgesehen. Damals wie heute war bzw. ist die Grundlage für die Entwicklungen im NATO-Bündnis die engste Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien – ja es lag nach dem 2. Weltkrieg sogar im Interesse der USA, eine eng befreundete Nation als nuklearer Partner in Europa zu haben – das Vereinigte Königreich. Bis zum heutigen Tage haben daher die Briten, im Gegensatz zu Frankreich, auch Zugriff auf die Innovationen der modernsten Raketenentwicklungen der USA für interkontinentale seegestützte Systeme.

Das nukleare Abschreckungspotential hat auch aktuell für das Vereinigte Königreich einen hohen Stellenwert – weit über das damit verbundene weltpolitische Gewicht. Kaum im Amt, hat im Juli 2016 die neue Regierungschefin Theresa May das Unterhaus abstimmen lassen: Mit einer großen Mehrheit, selbst mit Abgeordneten der Labour Party, nämlich 472:117, hat das britische Parlament beschlossen, die strategische Atom-U-Boot Flotte der Royal Navy zu modernisieren. Gerade die Royal Navy, seit über 500 Jahren Garant der Seemacht der Briten, genießt eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft und Öffentlichkeit Großbritanniens. Theresa May begründete daher die Entscheidung zur Stärkung der Atommacht des Vereinigten Königreichs mit folgenden Worten: „Die nukleare Bedrohung ist nicht verschwunden“ – sie hätte im Gegenteil eher u.a. durch Schurkenstaaten zugenommen. Man werde daher weiter

auf die eigene Abschreckung setzen. Basis der Atommacht des Vereinigten Königreichs sind derzeit die strategischen

se gutgeheißen. Zusammen mit den neuen U-Booten der USA erhalten die neuen britischen Boote der Successor-Klasse



Die großen britischen strategischen Atom-U-Boote der Vanguard-Klasse sind mit ihren Trident II Interkontinentalraketen die Basis der nuklearen Abschreckung Großbritanniens. Mit großer Mehrheit entschied jetzt das britische Unterhaus, die Royal Navy mit neuen Atom-U-Booten der Successor-Klasse auszurüsten.

© BAE-Systems

Atom-U-Boote der Vanguard-Klasse mit je einer Verdrängung von 15.900 Tonnen einsetzen. Jedes Atom-U-Boot kann mit 16 ballistischen Interkontinentalraketen bestückt werden, wobei jede Rakete bis zu 12 Sprengköpfe in verschiedene Ziele lenken kann. Die Reichweite beträgt ca. 9.000 Kilometer.

SUCCESSOR-KLASSE

Mit einem Finanzaufwand – gestreckt über die nächsten 16 Jahre – von 50 Milliarden Euro incl. der Entwicklung des Desgin wurde nun durch das Unterhaus die Bestellung von 4 neuen Atom-U-Booten der neuentwickelten Successor-Klas-

(Verdrängung 16.000 Tonnen) ein neues elektronisches System der Steuerung (Common-Missile-Compartment). Auch sollten die Raketen Trident II D 5 nochmals verbessert werden und eine Reichweite von 11.300 Kilometer ermöglichen. Die Treffergenauigkeit soll über die riesigen Entfernungen deutlich unter 100 Meter liegen.

Die Successor-Klasse selbst entsteht wiederum durch die Systempartner BAE Systems, Rolls Royce (Reaktor) und Babcock International (Design). Die reinen Baukosten (also ohne die enormen Entwicklungskosten und ohne Ausbau der Infrastruktur der Basis der Royal Navy) je Atom-U-Boot liegen zwischen 8,5 bis 9,5 Milliarden Euro. Mit ihrem Engagement leisten die Briten auch einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der europäischen NATO-Länder – trotz des Austritts des Landes aus der EU.

ICH **SELBST**
TRAGE DIE
VERANT-
WORTUNG
FÜR MEIN
LEBEN 

www.DeutscherArbeitgeberVerband.de